

„Wir lassen uns das nicht gefallen“

Klare Botschaften beim Sommerempfang von KZVB und KVB

Der Entwurf des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes überschattete auch den gesundheitspolitischen Sommerempfang von KZVB und KVB, der traditionell vor der parlamentarischen Sommerpause stattfindet. Der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) fand klare Worte in Richtung Berlin: „Wir lassen uns das nicht gefallen“, sagte er mit Blick auf die geplanten Sparmaßnahmen.

Holetschek forderte von Lauterbach, Konsequenzen aus der breiten Kritik an seinen Plänen zu ziehen. „Der Bundesgesundheitsminister muss jetzt handeln. Er hat mit seinen unausgegorenen Plänen für die Stabilisierung der GKV-Finan-

zen viele gegen sich aufgebracht: Ärzteschaft, Pharmaindustrie und sogar die Krankenkassen selbst sind unzufrieden mit den bislang bekannten Plänen. Es ist jetzt an der Zeit, dass Herr Lauterbach auf alle Betroffenen zugeht und gemein-

sam einen soliden Kompromiss schmiedet. Auch die Länder müssen eingebunden werden. Ich habe den Eindruck, dass sich selbst die Ampelkoalition in Berlin nicht einig ist, wie es in Zukunft laufen soll. Es verfestigt sich das Bild, dass Ge-



Der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek übte beim gesundheitspolitischen Sommerempfang von KZVB und KVB harsche Kritik an der Arbeit seines Amtskollegen Karl Lauterbach. Die gesundheitspolitischen Sprecher von fünf Landtagsfraktionen sagten den Ärzten und Zahnärzten ihre Unterstützung zu. Alle Fotos: KZVB

sundheitspolitik zunehmend im Bundesfinanzministerium gemacht wird. Das kritisiere ich auf das Schärfste. Herr Lauterbach darf sich nicht die Zügel aus der Hand nehmen lassen. Er ist verantwortlich für eine zukunfts-feste Gesundheitspolitik.“

Bayerns Gesundheitsminister ging auch auf die Ankündigung des Bundes ein, die Versicherten hätten keine Leistungskürzungen zu befürchten: „Ich nehme den Bundesminister beim Wort. Die Finanzierung darf nicht zulasten der Patientinnen und Patienten gehen.“ Holetschek beließ es aber nicht bei einem „so nicht“, sondern zeigte auch Alternativen zum Ausgleich des Defizits in der GKV auf: „Der Bundeszuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung muss stärker erhöht werden, als es der Entwurf bislang vorsieht. Bayern schlägt zudem seit Langem eine Erhöhung der Beiträge des Bundes für Bezieher von Arbeitslosengeld II vor. Auch eine Überprüfung der versicherungsfremden Leistungen muss sein.“

Mit diesen Aussagen rannte Holetschek bei der Ärzte- und Zahnärzteschaft offene Türen ein. Sowohl der KVB-Vorsitzende Dr. Wolfgang Krombholz als auch der KZVB-Vorsitzende Christian Berger machten klar, dass es für begrenzte Mittel nur begrenzte Leistungen geben



Foto oben: Dr. Manfred Kinner im Gespräch mit (v. l.) Dr. Ralf Langejürgen (vdek), Peter Krase (AOK Bayern) und Fabian Wenzel (BKK-Landesverband).

Foto unten: Dr. Rüdiger Schott (dieses Mal in Uniform) und Dr. Manfred Kinner im Gespräch mit Dr. Claudia Ritter-Rupp, stellvertretende Vorsitzende des Vorstands der KVB.

HOLETSCHEK SIEHT ARZNEIMITTELVERSORGUNG GEFÄHRDET

Auch nach seinem starken Auftritt beim Sommerempfang von KZVB und KVB lässt Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek in Sachen GKV-Finanzstabilisierungsgesetz nicht locker. „Die Pläne der Ampelkoalition zur künftigen Finanzierung der GKV müssen dringend überarbeitet werden. Trotz breiter Kritik verschiedenster Verbände, von gesetzlichen Krankenkassen, Ärzten, Apothekern, Klinikvertretern und Vertretern der Arzneimittel-Hersteller hat sich bislang nichts getan. Mit dem jüngsten und unausgereiften Referentenentwurf wurde viel Vertrauen verspielt. Nun muss das in Berlin zerschlagene Porzellan wieder gekittet werden.“ Der Minister fügte hinzu: „Wir haben viele Verbesserungsvorschläge für die Pläne

zur GKV-Finanzierung des Bundes, denn die Mängelliste zum Entwurf ist lang. So halte ich die vom Bund geplante sogenannte Solidaritätsabgabe für die Pharmaindustrie für kontraproduktiv.

Wir wollen Deutschland als Pharmastandort stärken. Derartige Abgaben verunsichern die großen Player der Pharmabranche und belasten Mittelständler. Das können wir uns nicht leisten! Gerade die Corona-Pandemie hat uns doch gezeigt, dass wir bestimmte Medikamente auch wieder vermehrt bei uns produzieren sollten. Bayern setzt sich hier seit Jahren für bessere Rahmenbedingungen ein – die Ideen des Bundes gehen dabei aber in eine völlig falsche Richtung. Insgesamt tut die Bundesebene viel zu wenig für die Sicherstellung der Arzneimittelversorgung in

Deutschland, und damit auch im Freistaat. Die Medikamentenversorgung in Bayern ist gut, aber es kommt immer wieder zu Lieferengpässen, aktuell etwa bei Fiebersäften für Kinder. Dem wollen wir mit vorausschauender Politik entgegenwirken. So wollen wir beispielsweise die Lieferketten stabilisieren und europäische Produktionsstandorte erhalten und ausbauen. Doch der Freistaat kann das nicht allein! Die Rahmenbedingungen müssen sowohl in Deutschland als auch in Europa umfassend verbessert werden. Mehrmals haben wir das bereits gegenüber dem Bund gefordert und mehrere Gesetzesinitiativen auf Bundesebene hierzu angestoßen. Leider hat sich der Bund auch hier nicht bewegt. Klar ist: Der Freistaat wird sich mit Nachdruck weiter für eine optimale Arzneimittelversorgung einsetzen!“